Wie man mit einer Unterschrift die Armut verringern könnte

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 28. Dezember 2012

In regelmäßigen Abständen laufen Nachrichten über den Bildschirm über die zunehmende Armut in unserer Gesellschaft. Dazu gehört meist der Hinweis auf die entsprechende Definition von Armut: Wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung habe, der gelte als arm. Wie absurd diese relative Festlegung ist, soll hier einmal am Beispiel der Stadt Ennepetal im Süden des Reviers, fast schon im Sauerland, dargestellt werden.

Rathaus der Stadt Ennepetal.

Das Städtchen hat gut 30.000 Einwohner mit, zum Beispiel, einem Durchschnittseinkommen von 15.000 Euro. Von den 30.000 Einwohnern haben nun 3.000 Einwohner weniger als 9.000 Euro zur Verfügung und wären nach obiger Definition als arm zu bezeichnen. Nun lebt aber in der Stadt auch ein millionenschwerer Unternehmer, der auf die Idee kommen könnte, seinen Wohnsitz ganz auf die geliebte Insel Sylt zu verlegen. Mit seiner Unterschrift im Einwohnermeldeamt des Rathauses sänke das Durchschnittseinkommen von einer Sekunde zur anderen um ungefähr 800 Euro. Die Armutsgrenze begänne nun nicht erst bei 9.000, sondern schon bei 8.520 Euro. Der gute Mann hätte

also mit seinem Federstrich alle Menschen aus der Armut gerettet, die zwischen 8.250 und 9.000 Euro für ihr Leben zur Verfügung haben. Er wäre sozusagen ein Wohltäter, ohne etwas dafür zu bezahlen.

In der Weihnachts-„Zeit“ wird eine andere und meines Erachtens sinnvollere Statistik veröffentlicht: Wir, die Gesellschaft, versprechen in Deutschland allen Bürgern ein Mindesteinkommen, sei es als Grundsicherung, Asylhilfe oder Arbeitslosengeld II (Hartz 4). Die Zahl der Mitbürger, die auf diese Hilfen angewiesen sind, sank in den letzten fünf Jahren von etwa 8,15 Millionen auf 7,26 Millionen, also um ungefähr 10,9 Prozent. In absoluten Zahlen ist die Armut also gesunken. Natürlich muss man immer darüber reden, ob die Grundsicherung hoch genug ist, aber man sollte es nicht bei der Debatte über angeblich zunehmende relative Armut belassen.